



ایران رپورت

Iran-Report

02/16

Februar 2016 - erscheint monatlich, elektronisches Abo! V.i.s.d.P. Annette Maennel

Innenpolitik	2
Kultur	6
Wirtschaft	8
Außenpolitik	13

Mit der Wahl Hassan Rohanis zum iranischen Präsidenten und dessen Amtsantritt am 3. August 2013 wurde in der iranischen Politik ein bedeutender Wandel eingeleitet. Besonders augenfällig ist dies im Kurswechsel der Atompolitik. Die Öffnung der iranischen Politik nach außen und die Ankündigung innenpolitischer Reformen werden im Land von den konservativen Kräften heftig bekämpft. Der Widerstand lässt Rohani und seiner Regierung wenig Spielraum.

Der Iran-Report wertet Nachrichten verschiedener Quellen aus. Auch um die von den Mächtigen in Iran verfügbaren Behinderungen und Einschränkungen der journalistischen Arbeit auszugleichen. Der Iran-Report produziert keine Schlagzeilen, sondern er erhellt die Meldungen, das Nichtgesagte dahinter.

Elektronisches Abonnement:

Wenn Sie den iran-report kostenfrei abonnieren wollen, tun Sie dies bitte unter <https://themen.boell.de>. Mit einer E-Mail an info@boell.de können Sie sich aus dem Verteiler wieder austragen lassen.

IMPRESSUM

Autor: Bahman Nirumand
Redaktion: Bauke Baumann
V.i.S.d.P. : Annette Maennel
15. Jahrgang

INNENPOLITIK

Wahl des Parlaments und des Expertenrats / Chamenei: „Uns steht eine breite Front von Feinden gegenüber“ / Amnesty: Dutzende Jugendliche warten auf Hinrichtung / 24 Mitglieder der Bahai-Gemeinde zu hohen Haftstrafen verurteilt / Starker Alkoholkonsum in Iran, trotz Verbots / Afghanische Migranten zur Teilnahme an Syrien-Krieg gezwungen

WAHL DES PARLAMENTS UND DES EXPERTENRATS

Am 26. Februar finden in Iran zwei wichtige Wahlen statt, die Wahl des Parlaments und die des Expertenrats. Bei den Parlamentswahlen könnte es den Reformern und Gemäßigten gelingen, die Mehrheit, vielleicht sogar die absolute Mehrheit zu erringen, wenn die Wahlen tatsächlich frei wären. Der Wahl des Expertenrats rechnet man in dieser Periode eine besondere Bedeutung zu, weil der Rat, der für die Wahl des Revolutionsführers zuständig ist, angesichts des hohen Alters des amtierenden Revolutionsführers, ggf. dessen Nachfolger wählen müsste.

Politische Beobachter in Iran sprechen von einer Schicksalswahl, weil beide Häuser mitbestimmen werden, ob die Islamische Republik ihren bisherigen Kurs fortsetzen oder einen Kurswechsel vornehmen wird. Für die erste Möglichkeit stehen die Erzkonservativen und die radikalen Islamisten, für die Zweite die gemäßigten Konservativen, die Reformen sowie Millionen von Bürgern, die außerhalb des islamischen Lagers stehen. Angesichts dieser Lage ist es nicht verwunderlich, dass sich der Machtkampf zwischen den Reform-Gegnern und -Befürwortern weiter zuspitzt, je näher der Wahltag heranrückt.

Bei diesem Machtkampf spielt der Wächterratt eine gewichtige Rolle. Denn er trifft eine Vorauswahl, indem er entscheidet, wer als Kandidat für einen Sitz im Parlament oder im Expertenrat qualifiziert ist. Das macht die Wahlen in der Islamischen Republik zur Farce. Besonders angesichts der Tatsache, dass der Wächterratt von den Erzkonservativen beherrscht wird.

Die Äußerung des Vorsitzenden des Wächterratts, Ahmad Dschannati, über die 801 Bewerber für die Expertenversammlung machte bereits am 4. Januar deutlich, wie die Entscheidung des Rats ausfallen würde. "Die Liste der Bewerber zeigt, dass einige der Bewerber Kartenspieler und Alkoholtrinker und andere moralisch nicht integer sind", sagte Dschannati. Zugleich warnte er auch vor "Eingeschleusten", die den Expertenrat auf Abwege bringen würden.

Auch Revolutionsführer Ali Chamenei warnte vor den Amerikanern, die "in Iran einen Wandel herbeiführen und uns auf Abwege bringen wollen". "Sollten Eingeschleuste ins Parlament oder in den Expertenrat eindringen, werden sie wie Würmer an den Säulen der Islamischen Republik nagen", sagte er vor einer Versammlung von Predigern am 4. Januar.

Am 17. Januar wurde bekannt, dass der Wächterratt rund sechzig Prozent der Bewerber für die Parlamentswahlen abgelehnt hat, unter ihnen sogar solche, die aktuell als Abgeordnete im Parlament sitzen. Unter den Abgelehnten sind vor allem landesweit bekannte Reformen. Laut dem Reformpolitiker Hossein Maraschi wurden von 2.000 Reformern, die sich für einen Sitz im Parlament beworben hatten, nur 30 zu der Wahl zugelassen. Unter den 760 zugelassenen Kandidaten aus der Hauptstadt befinden sich nur vier wenig bekannte Reformen, sagte der Reformen Mohammad Dschawad Hagschenas, dessen Bewerbung auch abgelehnt wurde. In manchen Provinzen sei überhaupt kein Reformen zugelassen worden, sagte er weiter.

Diese parteiische Entscheidung seitens des Wächterratts löste eine Welle von Protesten aus. Auch Präsident Rohani kritisierte den Kahlschlag. Auf einer Pressekonferenz am 17.

Januar forderte er den Wächterrath auf, "das Problem" zu lösen. Einen Tag später äußerte Ex-Staatspräsident Haschemi Rafsandschani sein Bedauern über die Entscheidung des Wächterraths. Einige führende Reformer forderten Rohani auf, gegen die Entscheidung einzuschreiten. Maraschi sprach von einer "katastrophalen Ungerechtigkeit".

Am 20. Januar meldete sich Chamenei zu Wort. Ohne zu der rigorosen Ablehnung direkt Stellung zu nehmen, sagte er: "Nirgends in der Welt werden Leute, die gegen das Staatssystem sind, zu entscheidenden Gremien zugelassen." Er habe zwar gesagt, dass selbst Leute, die das System ablehnten, zur Wahl gehen sollten, er habe aber nicht gesagt, dass solche Leute sich zur Wahl stellen sollten.

Am 21. Januar nahm Rohani wieder zu den Ablehnungen Stellung. Die wichtigste innenpolitische Aufgabe der Regierung sei die Durchführung der Wahl, sagte er. "Die Wahlen müssen in einer freien Atmosphäre, neutral, ohne Einmischung, in völliger Sicherheit und auf der Grundlage eines fairen Wettbewerbs stattfinden. Das Parlament ist das Haus des Volkes und nicht das Haus einer bestimmten Partei." Es sei wichtig, dass die besten Politiker ins Parlament kommen. Natürlich sollten alle Kandidaten die Verfassung und den Glauben akzeptieren. "Aber reicht das aus? Was ist mit deren Kenntnis über die Umwelt, die Industrie, Entwicklung, Arbeitslosigkeit und über den wirtschaftlichen Aufschwung?" Die Lage in der Region, die komplizierte Lage der Welt, die Probleme unseres eigenen Landes und die immer schwieriger werdende Verwaltung erforderten, dass die Besten ins Parlament kämen und nicht solche, deren Vorzug darin bestehe, gute Gläubige zu sein.

Rohani sagte weiter, die Verfassung der islamischen Republik räume selbst für Angehörige religiöser Minderheiten, deren Zahl nicht so groß sei, das Recht ein, ihre Vertreter ins Parlament zu schicken. Mit Blick auf die starke Ausgrenzung der Reformer zugunsten der Konservativen und Radikalen warf er die Frage auf, wie man jene Fraktion ignorieren könne, die von mehr als zehn Millionen unterstützt werde? "Wenn es darum geht, dass nur eine Fraktion gewählt wird und andere nicht, dann gibt es keinen Grund, Wahlen zu veranstalten", sagte Rohani. Er versprach, alle Rechte, die die Verfassung dem Präsidenten zugestehe, einzusetzen, um die zurückgewiesenen Bewerber doch noch zuzulassen.

Nicht nur die Bewerber für das Parlament, sondern auch die für den Expertenrat wurden massenhaft zurückgewiesen. Hier wurden Vierfünftel der Kandidaten abgelehnt, so dass von den 801 Bewerbern lediglich 166 zugelassen wurden. Unter den Abgelehnten ist auch der Enkel von Ayatollah Chomeini, Hassan Chomeini, der zu den Reformern gehört.

CHAMENEI: „UNS STEHT EINE BREITE FRONT VON FEINDEN GEGENÜBER“

Revolutionsführer Ali Chamenei sagte vor einer Versammlung von Gläubigen aus der Stadt Ghom am 9. Januar in Teheran: „Uns gegenüber steht eine breite Front von Feinden.“ Daher müsse sich jeder Bürger verpflichtet fühlen, bei den bevorstehenden Wahlen des Parlaments und des Expertenrats seine Stimme abzugeben, selbst jene, die mit der islamischen Staatsordnung nicht einverstanden seien. Die Front bestehe aus dem zionistischen Regime und der US-Regierung bis hin zu dem Islamischen Staat. Es gehe nun darum, durch die Wahlen das internationale Ansehen der Islamischen Republik zu wahren, forderte Chamenei.

Seit dem vereinbarten Atomabkommen zwischen Iran und der 5+1-Gruppe hat Chamenei bei mehreren Gelegenheiten vor der „Einflussnahme der Feinde“ gewarnt. Sie (die Feinde) wendeten alle Mittel an, um „die Wurzeln des prächtigen Baumes der Islamischen Republik zu verbrennen“, sagte er. „Sie setzen alles daran, um das Erreichte zu zerstören, wir müssen alles daran setzen, um es zu bewahren.“

Chamenei wies auf die Wahlen von 2009 hin. Was damals geschah (monatelange Proteste gegen die umstrittene Wiederwahl Ahmadinedschads) „gehörte zu ihren (die Feinde) neuen Ideen, weil es um die Wahl einer Regierung ging, die den USA nicht gefiel.“ Die Feinde hätten die Minderheit, die die Wahl verloren hatte, unterstützt, auf die Straße gebracht und sie mit Farben zu schmücken versucht (gemeint ist die Grüne Bewegung). „Das war ein bunter Staatsstreich, der scheiterte.“

„Es ist möglich, dass jemand mich nicht akzeptiert“, fuhr Chamenei fort. „Die Wahlen gehören nicht dem Revolutionsführer, sie gehören der Islamischen Republik. Die Wahlen stärken die islamische Staatsordnung, garantieren ihr Fortbestehen und die Sicherheit des Landes.“

Chamenei hob die Wichtigkeit des Expertenrats hervor. „Wenn eines Tages der jetzige Revolutionsführer nicht mehr am Leben sein wird, muss der Expertenrat einen neuen Führer wählen. In seinen Händen liegt der Schlüssel für die Fortsetzung der Revolution. (...) Wird dann der Expertenrat jemanden wählen, der den Machenschaften der Feinde gegenüber standhalten und sich dem Willen Gottes fügen wird, wird er mutig genug sein, um den Weg des Imam (Chomeini) fortzusetzen?“

AMNESTY: DUTZENDE JUGENDLICHE WARTEN AUF HINRICHTUNG

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International (AI) legte einen ausführlichen Bericht über die Lage der Menschenrechte in Iran vor. Darin wird erwähnt, dass zwischen 2005 und 2015 in Iran mindestens 73 Minderjährige hingerichtet wurden. Zurzeit warteten Dutzende Jugendliche auf dasselbe Schicksal, heißt es in dem Bericht.

Der 110 Seiten umfassende Bericht trägt den Titel: „Aufwachsen im Schatten der Todesstrafe.“ AI-Mitarbeitern ist es gelungen, Interviews mit 49 der zum Tode verurteilten jungen Straftäter zu führen. Die UNO hatte 2014 die Zahl der Jugendlichen unter 18 Jahren, die in Iran auf die Vollstreckung ihres Todesurteils warten, mit mehr als 160 angegeben.

Von den 73 Jugendlichen, die nach dem AI-Bericht hingerichtet wurden, waren die meisten wegen Mordes, aber auch wegen Vergewaltigung, Drogenkonsum oder Verstößen gegen die nationale Sicherheit verurteilt worden.

In dem Bericht wird auf Reformen innerhalb der Justiz von 2013 hingewiesen, die den Richtern einen größeren Ermessensspielraum bei der Feststellung der psychischen und geistigen Reife von jugendlichen Straftätern einräumen und es ihnen somit erlauben, mildere Strafen zu verhängen. Zudem bestehe gemäß einer Anordnung des Obersten Gerichtshofs die Möglichkeit, Prozesse, die zu einem Todesurteil führten, neu aufzurollen.

Dennoch befinde sich Iran, trotz der Reformen des Jugendstrafgesetzes, noch weit entfernt von internationalen Standards, heißt es in dem Bericht. So seien weiterhin Gesetze in Kraft, die Todesurteile gegen Mädchen ab neun und Jungen ab 15 Jahren erlaubten.

Der UN-Menschenrechtsbeauftragte für Iran, Ahmad Shahid, zeigte sich in seinem im Oktober veröffentlichten Bericht besorgt über die Zunahme der Todesurteile in Iran. Gemessen an der Zahl der Bevölkerung hat Iran die höchste Zahl an Todesurteilen weltweit. Die Zunahme der Hinrichtungen habe 2005 begonnen und 2014 die Zahl von 754 erreicht, berichtete Shahid.

24 MITGLIEDER DER BAHAI-GEMEINDE ZU HOHEN HAFTSTRAFEN VERURTEILT

Das Revolutionsgericht in Gorgan, der Hauptstadt der im Norden gelegenen Provinz Golestan, hat 24 Mitglieder der Bahai-Gemeinde zu insgesamt 193 Jahren Gefängnis verurteilt. Den Angeklagten wurde die Mitgliedschaft in einer illegalen Vereinigung und Propaganda gegen die islamische Staatsordnung vorgeworfen. Zwei der Verurteilten, Schahnam Dschasbani und Scheida Ghodusi, wurden jeweils zu elf Jahren verurteilt. Sie waren bereits vor drei Jahren in Gorgan festgenommen und später gegen eine Kaution freigelassen worden.

Die Prozesse gegen sie, die vor einem Jahr begannen, wurden getrennt geführt, das Urteil wurde aber in einer gemeinsamen Sitzung verkündet. In der Urteilsbegründung hieß es unter anderen, die Verurteilten hätten "sektiererische, antiislamische und antischiitische Aktivitäten" verfolgt, mit feindlichen Staaten zusammengearbeitet und für die Bahai-Religion und gegen die islamischen Staatsordnung Propaganda gemacht.

Simin Fahndej, Sprecherin der internationalen Bahai-Gemeinde bei der UN-Menschenrechtskommission in Genf, sagte in einem Interview mit der BBC, diese Personen seien einzig und allein verurteilt worden, weil sie Bahai seien.

Die Islamische Republik erkennt die Bahai-Gemeinde nicht als religiöse Minderheit an. Einem Bericht von Human Rights Watch zufolge befanden sich bis zum 20. November 2015 mindestens 74 Mitglieder der Bahai-Gemeinde im Gefängnis, unter ihnen sieben Vorstandmitglieder der Gemeinde, die vor vier Jahren zu jeweils 20 Jahren Gefängnis verurteilt wurden.

STARKER ALKOHOLKONSUM IN IRAN, TROTZ VERBOTS

Seit der Revolution von 1979 und der Machtübernahme der Islamisten ist der Alkoholkonsum in Iran strikt verboten. Bereits im Zuge des Volksaufstands wurden Geschäfte, die Spirituosen verkauften, demoliert oder in Brand gesteckt. Nach der Revolution wurden Konsumenten und Verkäufer hart bestraft. Doch die Iraner ließen sich davon nicht abschrecken. So entwickelte sich der Alkoholschmuggel zu einem wichtigen Wirtschaftszweig des Landes. Böse Zungen behaupteten, das Geschäft mit Alkohol sei von den Islamisten selbst monopolisiert worden.

Nun hat das iranische Sozial- und Arbeitsministerium eine Studie vorgelegt. Demnach liegt der jährliche Konsum von alkoholischen Getränken bei rund 60 Millionen Litern. "Das ist eine schlecht bis krisenartige Entwicklung", sagte Rusbeh Karduni, Leiter des Teams, das die Studie erstellte.

In Iran sind trotz Verbots alle Sorten von alkoholischen Getränken erhältlich, sowohl ausländische wie auch lokale Fabrikate. Von hoher Qualität sind insbesondere die iranischen Weine sowie der iranische Wodka.

AFGHANISCHE MIGRANTEN ZUR TEILNAHME AN SYRIEN-KRIEG GEZWUNGEN

Einem Bericht der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) zufolge werden afghanische Migranten und Flüchtlinge in Iran von den Revolutionsgarden gezwungen, als Söldner an dem Krieg in Syrien teilzunehmen. „Iran hat afghanischen Flüchtlingen und Einwanderern nicht nur Belohnungen für den Kampf angeboten. Einige berichteten, ihnen sei mit der Abschiebung nach Afghanistan gedroht worden, wenn sie es nicht täten“, heißt es in dem Bericht von HRW. Für viele afghanische Männer, besonders für Jugendliche, sei dies der Grund, um sich auf die Flucht nach Europa zu begeben.

Die von den Revolutionsgarden organisierte „Fatemijun-Brigade“, die in Syrien aktiv sei, rekrutiere ihre Kämpfer unter den in Iran lebenden afghanischen Flüchtlingen, berichtet HRW. Iran behauptet, es handele sich bei den Kämpfern um Freiwillige, die die schiitischen Heiligtümer in Syrien und Irak verteidigen wollten, die Ziel der Angriffen des sogenannten Islamischen Staates seien.

Zahlreiche Afghanen sind während des Bürgerkriegs und auch danach nach Iran geflüchtet. Zurzeit leben schätzungsweise mehr als drei Millionen Afghanen in Iran. Rund ein Drittel von ihnen ist registriert und hat eine Aufenthaltsgenehmigung.

Unter den zwanzig von HRW Befragten geben zwölf an, sie oder ihre Angehörigen seien in Syrien eingesetzt worden. Sechs von ihnen erklärten, in Militärlagern nahe der Hauptstadt Teheran oder in der im Süden gelegenen Stadt Schiras für den Einsatz ausgebildet worden zu sein. Zwei von ihnen gaben an, sich freiwillig für den Einsatz gemeldet zu haben.

KULTUR

Offener Brief verurteilt Repressionen gegen Künstler / Ausstellung von Kiarostamis Fotografien / Zwei Dichter fliehen in die Freiheit

OFFENER BRIEF VERURTEILT REPRESSIONEN GEGEN KÜNSTLER

Eine große Gruppe namhafter iranischer Künstler, Schriftsteller und gesellschaftlicher Aktivisten, darunter der Filmemacher Dschafar Panahi und die Schriftstellerin Schahrnusch Parispur, haben in einem offenen Brief ihren Unmut über die zunehmenden Repressionen gegen Künstler in Iran zum Ausdruck gebracht. Anlass waren die harten Urteile gegen die Musiker Yussef Emadi und die Brüder Hossein und Mehdi Radschabian.

Die Brüder Radschabian sind die Gründer einer persisch-englischen Internetseite für Underground-Musik. Die Seite nannte sich "Barg-e Musik" (Musik-Blatt). Dort wurden zahlreiche Alben und Interviews mit Musikern veröffentlicht. Auch literarische Werke wurden vorgestellt. Die Seite war bis vor zwei Jahren aktiv. Nachdem sie von der Internetpolizei entdeckt wurde, wurde sie jedoch eingestellt. Die Betreiber wurden festgenommen und vor Gericht gestellt. Sie verbrachten zunächst zwei Monate lang in Einzelhaft. Danach durften sie gegen eine hohe Kautionssumme das Gefängnis vorübergehend verlassen. Yussef Emadi ist ebenfalls Musiker. Er arbeitete mit Barg-e Musik zusammen.

In dem offenen Brief heißt es: "Künstler und Kulturschaffende haben in diesen Zeiten wegen harter Urteile und Arbeitsverbot schwere Zeiten zu ertragen." Die Brüder Radschabian und Yussef Emadi hätten zunächst zwei Monate lang an einem unbekanntem Ort verbracht, wo sie "gequält und gefoltert und vor Videokameras zu falschen Geständnisse gezwungen wurden." In diesem Jahr seien sie zu insgesamt 18 Jahren Gefängnis verurteilt worden. "Solche Urteile könnte man sich eher gegen Verbrecher und Mörder vorstellen als gegen Künstler. Doch leider werden zurzeit in Iran gegen Künstler härtere Urteile gefällt als gegen Verbrecher. Wir verurteilen die gegen die drei Künstler beschlossenen Strafmaßnahmen und fordern ihre unverzügliche und bedingungslose Freiheit. Ebenso verurteilen wir jede Art von Repressionen gegen Kunst- und Kulturschaffende", so die Unterzeichner.

AUSSTELLUNG VON KIAROSTAMIS FOTOGRAFIE

Der international bekannte Filmemacher Kiarostami hat am 23. Januar eine Auswahl von seinen Fotografien der letzten dreißig Jahre unter dem Motto „Vierjahreszeiten“ in der

Teheraner Galerie Bum ausgestellt. Es sind 29 Großaufnahmen aus sechs Alben unter den Titeln „Schneeweiß“, „Wege“, „Mondschein“, „Türen und Erinnerungen“, „Mauer“ und „Fenster zum Hof“. Gezeigt wird auch eine vierminütige Videoarbeit mit dem Titel „Pferde“.

Der Kunstkritiker und früherer Direktor des Museums für zeitgenössische Kunst schreibt in dem Katalog: „Die Ausstellung spiegelt den mehr als dreißig Jahre währenden wertvollen Versuch des Künstlers wider, Momente des dahin fließenden Lebens festzuhalten und zu deuten. Sie gewährt eine seltene Gelegenheit, um die Vielfalt der Kunst und die Sichtweise Kiarostamis in ‚Vierjahreszeiten‘ kennenzulernen. Er verfremdet die vertrauten Erscheinungen der Natur und unserer Umwelt. Dem Betrachter fällt schnell auf, dass es dem Künstler nicht um Darstellung der Schönheit von Schnee, Regen, Weg und Mauer geht, sondern um deren übergeordneten Sinn.“

„Kiarostami liebt die Natur, er ist kein unbeteiligter Beobachter. Seine Fotografien öffnen ein merkwürdiges Fenster, das den Betrachter zwingt, innezuhalten und sich in einer poetischen Atmosphäre zu verlieren. Die Fotos zeugen von Liebe. Kiarostami selbst sagt, er habe immer gehofft, sich mit der Natur vereinen zu können. Den Weg dazu habe ihm die Natur selbst gezeigt.“

Kiarostami wurde 1940 geboren. Nach der Schule absolvierte er an der Hochschule für schöne Künste das Studium der Malerei und der bildenden Künste, danach begann er, Filme zu produzieren. Sein erstes Werk, das öffentlich gezeigt wurde, war ein Jugendfilm mit dem Titel „Brot und Gasse“. Dann folgte „Pause“ (zwischen den Lernstunden). Erst mit seinem dritten Film „Der Passagier“ wurde er als Filmemacher ernst genommen. Mittlerweile ist er weltbekannt. Er wurde mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet, unter anderem 1997 bei den internationalen Filmfestspielen in Cannes mit der Goldenen Palme.

Kiarostami ist nicht nur als Filmemacher bekannt, sondern auch als Fotograf und als Dichter. Seine Fotografien wurden auch in Paris, London, New York und Peking ausgestellt.

ZWEI DICHTER FLIEHEN IN DIE FREIHEIT

Die Lyrikerin Fatemeh Echtsari und der Lyriker Mehdi Mussavi sind dem Vollzug ihrer Strafen zuvorgekommen und ins Ausland geflüchtet. Der Nachrichtenagentur AP sagte Echtsari laut einer Meldung vom 18. Januar, sie sei nun sicher in einem anderen Land. Sie habe aus Sicherheitsgründen ihren Aufenthaltsort nicht bekannt geben wollen. Die beiden wurden im vergangenen Oktober zu hohen Strafen verurteilt. Echtsari wurde zu elfeinhalb Jahren und Mussavi zu neun Jahren Gefängnis verurteilt. Zudem sollten beide mit jeweils 99 Peitschenhieben bestraft werden.

Die Urteile wurden damit begründet, dass beide ihre Gedichte auch im Ausland auf Webseiten veröffentlicht hatten, die aus der Sicht des Regimes als feindlich eingestuft wurden. Beide zählten bis jetzt nicht zu den politisch engagierten Autoren. Echtsari ist beruflich als Geburtshelferin tätig und Mussavi ist Arzt, lehrt aber gleichzeitig Literatur und Poesie. Beide hatten, bevor sie 2013 festgenommen wurden, mit Genehmigung der Zensurbehörde ihre Gedichtbände veröffentlicht. Ihren eigenen Angaben zufolge haben sie den Versuch unternommen, die traditionelle Lyrik mit gegenwärtigen, gesellschaftlichen Fragen zu verbinden und sie damit neu zu beleben.

WIRTSCHAFT

Ende des Atomkonflikts, Ende der Sanktionen / Lukrative Geschäfte mit Iran erwartet / Direkte Flüge zwischen Iran und den USA / US-Sanktionen gegen iranisches Raketenprogramm

ENDE DES ATOMKONFLIKTS, ENDE DER SANKTIONEN

Nach 13 Jahren Auseinandersetzungen über das iranische Atomprogramm, die immer wieder eskalierten und beinahe zu einem Krieg geführt hätten, wird nun das Abkommen zwischen Iran und der 5+1-Gruppe umgesetzt. Mit dessen Umsetzung wurden auch die Sanktionen, die die UNO, die USA und die EU gegen Iran verhängt hatten, aufgehoben.

Bereits am 7. Januar hatte US-Außenminister John Kerry die baldige Umsetzung des Abkommens angekündigt. Entscheidend hierfür war der Abschlussbericht der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA). Den legte Yukiya Amano am 16. Januar vor. Darin bestätigte er, dass Iran sämtliche seiner vertraglich vereinbarten Verpflichtungen erfüllt habe. „Die Beziehungen zwischen Iran und der IAEA treten nun in eine neue Phase ein“, sagte Amano. „Es ist ein wichtiger Tag für die internationale Gemeinschaft. Ich gratuliere allen, die dazu beigetragen haben, dass er Realität wird.“ Damit gab der Generalsekretär grünes Licht für die Aufhebung der Sanktionen.

Gleich am nächsten Tag, dem 17. Januar, trafen US-Außenminister John Kerry, sein iranischer Amtskollege Mohammad Dschawad Sarif und die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini in Wien ein. Kerry und Mogherini gaben die sofortige Aufhebung der Sanktionen gegen Iran bekannt. Irans Präsident Rohani sprach von einem „glorreichen Sieg“ und Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier bezeichnete das Abkommen als „historischen Erfolg der Demokratie“. Auch UN-Generalsekretär Ban Ki Moon begrüßte das erfolgreiche Ende des Konflikts. Israels Ministerpräsident Benjamin Netanjahu war der einzige unter den führenden Politikern, der das Abkommen kritisierte. Iran habe sich auch nach dem Abkommen um die Beschaffung von Atomwaffen bemüht, sagte er. „Klar ist, dass Iran jetzt mehr Ressourcen für den Terrorismus und seine Aggression in der Region und weltweit zur Verfügung hat, und Israel ist darauf vorbereitet, mit jeder Bedrohung umzugehen.“

US-Präsident Barack Obama sprach in einer Stellungnahme im Weißen Haus am 17. Januar von einem Erfolg „starker und handfester“ Diplomatie der USA. „Iran wird keine Atombombe in seine Hände bekommen“, sagte er. Zugleich äußerte er die Hoffnung, Iran werde die einmalige Gelegenheit zur Kooperation mit der internationalen Gemeinschaft nutzen und zur Herstellung des Friedens und der Sicherheit in der Region beitragen. Der Diplomatie sei es gelungen, einen weiteren Krieg im Nahen Osten zu verhindern.

Obama würdigte die iranische Kultur und den Beitrag, den Iran in den Künsten und Wissenschaften geleistet habe. Nun sei Irans internationale Isolation zu Ende und die Iraner, besonders die Jugend, hätten die Chance, zu der Außenwelt Kontakt aufzunehmen und mit ihr zu kooperieren, sagte der Präsident. Iran und die USA hätten einen Dialog begonnen und damit die Basis geschaffen, um „gemeinsame Interessen“ zu verfolgen.

Iran habe eine außerordentliche und weitreichende Kontrolle seines Atomprogramms akzeptiert, sagte Obama. Selbst wenn das Land die Absicht haben sollte, seinen Verpflichtungen nicht nachzukommen, würden die Internationale Atomenergiebehörde und die USA dies sofort bemerken. Der Weg der direkten Diplomatie habe es möglich gemacht, dass Ereignisse wie das Eindringen amerikanischer Seeleute in iranische Gewässer rasch und still geklärt werden konnten. Das hätte unter den Umständen, die früher herrschten, zu einer großen Krise führen können. Obama verwies auch auf die amerikanischen Gefangenen, die zu Unrecht in Iran festgehalten wurden, und die nun frei

und zu ihren Familien zurückgekehrt seien. Auch die USA hätten im Gegenzug einige in den USA inhaftierten Iraner begnadigt, von denen allerdings keiner in terroristische Aktivitäten verwickelt gewesen sei und auch kein schweres Verbrechen begangen hätte.

Schließlich betonte Obama, dass die Beilegung des Atomkonflikts und die Lösung anderer Probleme mit Iran keineswegs bedeute, dass die USA von nun an die Aktivitäten Irans nicht ebenso genau beobachten würden wie zuvor. Er verwies auf die neuerlichen Strafmaßnahmen gegen zehn Personen und Unternehmen, mit denen die USA auf die iranischen Raketentests reagiert hätten. Diese Tests seien eine klare Missachtung der Resolution des UN-Sicherheitsrats und eine Gefahr für die Staaten der Region gewesen. Das Atomabkommen dürfe nicht über die „tiefen Gegensätze“ hinwegtäuschen, die zwischen Iran und den USA bestünden. Als Beispiel nannte er die Lage der Menschenrechte in Iran.

Zwei Tage nach Obamas Rede warnte Irans Revolutionsführer Ali Chamenei vor Täuschungsmanövern der USA. „Wir müssen beobachten, ob die anderen Parteien ihre Zusagen (im Atomabkommen) einhalten“, schrieb er in einem Brief an Präsident Rohani. Die Regierung müsse wachsam sein gegen „Täuschungen und Zuwiderhandlungen arroganter Staaten wie den USA.“ Er verwies auf Äußerungen einiger US-Politiker, die Anlass zur Skepsis gäben. Iran habe das Abkommen teuer bezahlt. Jene die dies leugneten, verhielten sich dem Volk gegenüber nicht ehrlich.

„Mit diesem Abkommen haben alle gewonnen, sowohl im In- als auch im Ausland, ausgenommen Israel und die Hardliner in den USA“, sagte Rohani im iranischen Parlament. Er äußerte die Hoffnung, dass das Abkommen dazu dienen werde, in der Region und international Frieden und Stabilität zu sichern. „Der Atomstreit war eines der kompliziertesten politischen Dossiers in der iranischen Geschichte, die unsere Diplomaten mit Erfolg gemeistert haben“, sagte Rohani weiter.

Auf einer kurzfristig anberaumten Pressekonferenz in Teheran sagte Rohani, das Abkommen sei ein Sieg der Rationalität und Demokratie gewesen. Die internationale Gemeinschaft betrachte das iranische Atomprogramm nun nicht mehr als Gefahr, sondern als ein legitimes wissenschaftliches und wirtschaftliches Projekt. Iran sei nun international sehr begehrt. Allein innerhalb der letzten Monate hätten 150 Unternehmen aus 50 Ländern Iran besucht, um Geschäfte zu vereinbaren. Auch mit den USA könnten wieder Wirtschaftsbeziehungen aufgebaut werden. „Es wäre im Interesse beider Länder, die Hindernisse zu beseitigen.“

Im Iran löste die Nachricht von der Aufhebung der Sanktionen Freude und Jubel aus. Nun sind die Erwartungen auf einen wirtschaftlichen Aufschwung sehr groß. Dies veranlasste Rohani zu der Warnung, dass die Aufhebung der Sanktionen nicht alle Probleme lösten. „Die Basis ist geschaffen, aber für den Rest müssen wir selbst sorgen“, sagte er. Es gehe nun darum Strukturen zu schaffen, um vor allem qualifizierte junge Leute zu beschäftigen.

Die Aufhebung der Sanktionen führte zu einem Börsen-Einbruch am Persischen Golf. Die saudi-arabische Börse in Riad verlor zeitweise bis zu sieben Prozent. Ähnlich war es in Katar. Auch in Dubai verzeichneten die Börsen starke Einbrüche. Groß ist die Befürchtung, dass der Ölpreis, der sich seit Monaten auf Talfahrt befindet, mit der Rückkehr Irans auf den Weltmarkt weiter sinken werde. Iran will so rasch wie möglich seinen Ölexport, der zurzeit bei einer Million Barrel pro Tag liegt, um eine halbe Million Barrel erhöhen und kurzfristig die Marke von zwei Millionen Barrel erreichen. Zudem könnte Iran seine 38 Millionen Barrel aus den Reserven gleich auf den Markt werfen.

LUKRATIVE GESCHÄFTE MIT IRAN ERWARTET

Nach der Aufhebung der Sanktionen gegen den Iran herrscht bei westlichen Unternehmen Goldgräber-Stimmung. Das Land mit den zweitgrößten Erdöl- und Erdgasvorkommen in der Welt und seinen nahezu achtzig Millionen Einwohnern bildet für Exporteure und Investoren einen idealen Markt. Zumal es nach der langjährigen Krise seiner Wirtschaft, die nicht zuletzt durch harte Sanktionen verursacht wurde, entschlossen zu sein scheint, mit aller Kraft die Wirtschaft anzukurbeln und einen Aufschwung herbeizuführen.

Begünstigt wird der von der Regierung von Präsident Hassan Rohani oft angekündete Neubeginn durch die freiwerdenden, schätzungsweise hundert Milliarden Dollar, die auf ausländischen Bankkonten im Zuge der Sanktionen eingefroren waren. Die Regierung ist bestrebt, das Land nach außen zu öffnen und, wie Rohani sagte, zu allen Staaten - Israel ausgenommen - gute Beziehung aufzubauen. Der Präsident spricht von „einer goldenen Seite“ der iranischen Geschichte. „Das Atomabkommen ist eine Gelegenheit, die wir nutzen sollten zur Entwicklung des Landes, zur Verbesserung des Wohlstands der Nation und um Stabilität und Sicherheit in der Region zu schaffen“, sagte er im Parlament. Und über Twitter erklärte er: „Die iranische Wirtschaft ist nun frei von den Ketten der Sanktionen und es ist an der Zeit, zu bauen und zu wachsen.“

Damit scheinen auf dem ersten Blick die Voraussetzungen für lukrative Geschäfte mit dem Iran äußerst günstig zu sein. Doch die Probleme werden erst sichtbar, wenn man die finanziellen Möglichkeiten des Landes genauer unter die Lupe nimmt.

Irans seit Jahren kriselnde Wirtschaft ist noch weitgehend von der Öl- und Gasindustrie abhängig. Mehr als 80 Prozent der staatlichen Einnahmen stammen aus dem Öl- und Gasexport. Das von den USA und der EU verhängte Embargo über das iranische Öl hatte den iranischen Öl-Export drastisch gesenkt. Mit den EU-Sanktionen, die 2012 verhängt wurden, ging der Öl-Export von 2,3 Millionen Barrel pro Tag auf eine Million Barrel zurück. Die Öleinnahmen brachen von 118 Milliarden Dollar im Jahr 2011 auf 42 Milliarden Dollar im Jahr 2013 ein.

Nun kündigte der stellvertretende Ölminister Rokneddin Dschawadi an, den Öllexport kurzfristig um eine halbe Million Barrel zu steigern. Mittelfristig soll der Export das Niveau von vor den Sanktionen erreichen. Doch angesichts der maroden Förderanlagen und Raffinerien ist es fraglich, ob Iran dazu tatsächlich in der Lage ist. Diese stammen zum größten Teil aus der Schahzeit. Anstatt die Anlagen und Raffinerien zu modernisieren, konzentrierte sich der Staat auf den Ausbau der Atomindustrie, die Abermilliarden kostete, ohne auch nur einen nennenswerten Teil des Energiebedarfs decken zu können.

Um den erhofften wirtschaftlichen Aufschwung herbeiführen zu können, muss die Ölindustrie daher dringend modernisiert werden. Das kann der Iran aus eigenen Mitteln nicht leisten, er ist auf finanzkräftige ausländische Investoren angewiesen. Doch deren Interesse ist angesichts der Lage auf dem internationalen Ölmarkt gerade nicht allzu groß. Hier steht ein Überangebot einer sinkenden Nachfrage gegenüber. Auch die politische Lage in der Region und im Iran selbst, die im Land fortbestehende nahezu totale Kontrolle der Wirtschaft durch den Staat und die weit verbreitete Korruption bilden große Hindernisse für eine erfolgreiche wirtschaftliche Zusammenarbeit. Iran müsste demnach versuchen, ausländische Unternehmen durch günstigere Bedingungen ins Land zu locken.

Doch selbst wenn es gelänge, die Modernisierung und die geplante Fördermengen an Öl zu erreichen, wären die Einnahmen aus dem Öllexport weit geringer als jene, die vor den Sanktionen erzielt wurden. Denn der Ölpreis ist inzwischen drastisch gesunken. Er befindet sich weiterhin auf Talfahrt, die nach Einschätzung von Experten durch die Steigerung des iranischen Ölexports noch beschleunigt werden würde. Um dem Preisverfall entgegen zu wirken, müssten andere OPEC-Staaten, allen voran Irans Erzrivale Saudi-Arabien, ihre Fördermengen reduzieren, was kaum anzunehmen ist.

Gerade Saudi-Arabien, das bereits seit geraumer Zeit alles unternimmt, um eine Stärkung Irans als Regionalmacht zu verhindern, wird, wie in den letzten Monaten geschehen, alle Mittel einsetzen, um Irans Entwicklung zu torpedieren.

Iran habe nicht die Absicht, die Spannungen auf dem Weltmarkt zu verschärfen, sagte Ölminister Bijan Sangeneh. „Aber wir wollen unseren Marktanteil zurückgewinnen.“ Doch Iran könnte sich unter den gegebenen Bedingungen auf dem Weltmarkt nur dann behaupten, wenn es sein Öl zu günstigeren Preisen anbieten würde, was die staatlichen Einnahmen aus dem Ölgeschäft noch weiter senken würde. Man darf nun gespannt sein, wie sich der Milliarden-Einkauf bei europäischen Firmen, den Rohani auf seiner Europareise tätigte, auf die iranische Wirtschaft auswirken wird.

Im Iran selbst wächst der Widerstand gegen die Öffnung des Marktes, insbesondere für westliche, allen voran amerikanische Unternehmen. Mohammad Resa Naghdi, Oberkommandierender der Basidsch-Miliz, sagte, die Reise Rohanis nach Italien und Frankreich sei "wie ein Dolch im Rücken der iranischen Widerstandswirtschaft und ein harter Schlag gegen die iranische Wirtschaft" gewesen. Am 30. Januar sagte Naghdi: "Wenn wir so weitermachen, werden wir bald unsere technischen Hochschulen schließen und stattdessen Arbeiter ausbilden müssen, um sie ins Ausland zu schicken." Naghdi fuhr fort: "Frankreich stand uns schon zu Beginn der Revolution feindlich gegenüber, es war das Zufluchtland der (iranischen) Oppositionellen. Es unterstützte die Verschwörer (Proteste gegen die Wiederwahl Ahmadinedschads 2009), war an der Verhängung der Sanktionen (gegen Iran) beteiligt und hat bei den Atomverhandlungen mit der 5+1-Gruppe noch härtere Positionen als die USA eingenommen. Warum sollen wir unsere Öleinnahmen dort ausgeben und warum sollen wir für Frankreich, das vor dem Ruin seiner Wirtschaft steht, unseren Markt öffnen?"

DIREKTE FLÜGE ZWISCHEN IRAN UND DEN USA

Wie das iranische Außenministerium am 25. Januar bestätigte, haben die USA und Iran Verhandlungen über direkte Flüge zwischen den beiden Staaten aufgenommen. "Die Angelegenheit wird derzeit überprüft und wir werden zu gegebener Zeit die Ergebnisse der Verhandlungen bekannt geben", sagte Sprecher Dschaber Ansari.

Seit 36 Jahren gibt es keine Direktflüge mehr zwischen den USA und Iran. Diese wurden 1979 nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen eingestellt. Dabei ist der Reiseverkehr zwischen den beiden Staaten stark. Millionen Iraner, die in den USA leben, besuchen immer wieder ihre Heimat. Auch für die Iraner im Land sind Reisen in die USA begehrt, sei es um Verwandte zu besuchen oder um sich als Tourist dort aufzuhalten.

Da es keine Direktflüge gibt, müssen Reisende über Europa oder über die Staaten am Persischen Golf ins jeweilig andere Land fliegen. Es wird angenommen, dass es nach dem Abschluss des Atomabkommens eine schrittweise Annäherung zwischen den USA und Iran geben wird. Deshalb sind die Verhandlungspartner optimistisch, dass die Gespräche über Direktflüge bald zum Erfolg führen werden.

Auch in Europa hatten viele Fluggesellschaften im Zuge der Sanktionen ihre Flüge nach Iran gestoppt. Nun gab der Chef der iranischen Flugverkehrsbehörde, Mohammad Chodakarami, laut "Iran Daily" bekannt, dass Air France und KLM bereit seien, ihre Flüge nach Iran wieder aufzunehmen. Auch Vertreter der British Airways hatten ihren Wunsch signalisiert, wieder iranische Ziele anzufliiegen.

US-SANKTIONEN GEGEN IRANISCHES RAKETENPROGRAMM

Am 1. Januar wurde einer Meldung der dpa zufolge bekannt, dass die USA wegen der iranischen Raketentests neue Sanktionen gegen das Land planen. Iran hatte im Oktober erfolgreich eine Mittelstreckenrakete getestet, was die USA als Verletzung der bestehenden UN-Resolution deuteten. Die Nachricht löste in Iran Proteste aus. "Das Raketenprogramm ist unsere rote Linie und steht nicht zur Debatte", sagte Verteidigungsminister Hossein Dehghan. Das iranische Raketenarsenal diene der Sicherheit des Landes, vor allem hinsichtlich der Gefahr, die seitens der Terrormiliz IS drohe. Es richte sich nicht gegen andere Länder in der Region. Zudem habe das Raketenprogramm bei den Atomverhandlungen nie zur Debatte gestanden. Auch Irans Präsident Hassan Rohani drohte mit der Ausweitung des Raketenprogramms, sollten die USA gegen Iran neue Sanktionen beschließen. "Falls diese feindselige und intervenierende Politik der USA wiederholt werden sollte, sind die Streitkräfte verpflichtet, das Raketenprogramm auszuweiten", schrieb er an Dehghan.

Am 3. Januar teilte das Weiße Haus in Washington mit, die USA würden vorerst keine Strafmaßnahmen gegen das iranische Atomprogramm beschließen. Ben Rhodes, Stellvertretender Berater des Nationalen Sicherheitsrats, erklärte, Washington werde über die Angelegenheit mit Teheran sprechen.

Am 5. Januar zeigte das iranische Fernsehen Aufnahmen von einer neuen unterirdischen Raketenbasis. Zu sehen war Parlamentspräsident Ali Laridschani, der unter anderem eine Mittelstreckenrakete mit einer Reichweite von 1.700 Kilometern besichtigte.

Am 17. Januar, einen Tag nach der Aufhebung der gegen das iranische Atomprogramm verhängten Sanktionen, beschlossen die USA, wie US-Präsident Barack Obama bekannt gab, neue Sanktionen gegen Iran. Sie richten sich gegen sieben Privatpersonen und drei Unternehmen. Zwei der Unternehmen sind in Hongkong angesiedelt, das dritte in den Arabischen Emiraten. Bei den Personen handelt es sich um sechs Iraner und einen Chinesen. Offenbar hatte die US-Regierung die Strafmaßnahmen um zwei Wochen verschoben, um mögliche Beeinträchtigungen des Gefangenenaustauschs mit Iran zu verhindern.

Iran bezeichnete die neuen Sanktionen als "illegal und unmoralisch". In einer am 18. Januar veröffentlichten Erklärung des Teheraner Außenministeriums heißt es: "Iran verurteilt diese propagandistischen Maßnahmen und wird entschlossener als bisher sein legales Raketenprogramm zur Verteidigung und Stabilisierung seiner nationalen Sicherheit fortsetzen." Die Maßnahme entbehre jeglicher juristischen und moralischen Grundlage. Das Ministerium betonte, dass das iranische Raketenprogramm keine Trägerraketen mit atomaren Sprengköpfen plane. Es stehe damit nicht im Widerspruch zu den geltenden internationalen Vereinbarungen. Der Sprecher des Außenministeriums warf den USA vor, jährlich Waffen im Wert von Dutzenden Milliarden US-Dollar an die Länder in der Region zu liefern, Waffen, die gegen Palästinenser, Libanesen und Jemeniten eingesetzt würden.

Auch die EU wolle, wie Frankreichs Außenminister Laurent Fabius bei seinem Besuch in Abu Dhabi am 18. Januar laut Reuters bekannt gab, über neue Sanktionen gegen Iran beraten. Es solle nach einem Vergleich der Sanktionssysteme der USA und der EU entschieden werden, ob neue Strafmaßnahmen gegen Iran nötig seien. Auch die Regierung in Berlin nahm zum iranischen Raketenprogramm Stellung. Sie erwarte, dass Iran kein Raketenprogramm betreiben werde, "das im Widerspruch zu einschlägigen Resolutionen des UN-Sicherheitsrates steht" sagte Regierungssprecher Steffen Seibert.

Eine scharfe Reaktion gegen die USA zeigte Außenminister Sarif. Die USA seien "gewaltsüchtig", sagte er am 20. Januar am Rande des Weltwirtschaftsgipfels in Davos. In einem Interview mit der Nachrichtenagentur dpa sagte der Minister, er sähe keine Chance zu einer baldigen Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu den USA. "Es zeigt, dass

die Vereinigten Staaten eine Abhängigkeit haben, die sie nur schwer überwinden können, ihre Abhängigkeit von Druck, ihre Abhängigkeit von Zwang und ihre Abhängigkeit von Sanktionen."

Am 30. Januar berichtete die Agentur Fars von neuen Raketentests in Iran. Demnach wurden Kurzstreckenraketen mit einer Reichweite von 150 Kilometern am Persischen Golf getestet.

AUSSENPOLITIK

Konflikt zwischen Iran und Saudi-Arabien / Chinas Präsident besucht Teheran / Rohani in Rom / Rohani in Paris / Überraschender Gefangenenaustausch zwischen Iran und den USA / Verbleib von in Iran vermissten US-Bürgern unklar / Amerikanische Seeleute kurzfristig festgenommen / Laridschani in Bagdad / Afghanistans Regierungschef in Iran / Türkei bestellt iranischen Botschafter ein / De Mistura trifft Sarif / Kanada will diplomatische Beziehung zu Iran wieder aufnehmen

KONFLIKT ZWISCHEN IRAN UND SAUDI-ARABIEN

Nach der Hinrichtung von 47 Häftlingen in Saudi-Arabien am 2. Januar, unter denen sich auch der führende schiitische Geistliche Nimr al-Nimr und vier weitere Schiiten befanden, gab es in Iran heftige Proteste, unter anderem wurde die saudische Botschaft in Teheran von Demonstranten gestürmt. Daraufhin reagierte Riad mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehung zu Iran. Außenminister Al Dschubair sprach von einem "schwerwiegenden Bruch internationaler Konvention". "Wir lehnen es ab, mit einem Staat zu tun zu haben, der Terrorismus unterstützt und Chaos und sektiererische Spannungen in der islamischen Welt verbreitet", sagte er. Eine ganze Reihe arabischer Staaten folgten Saudi-Arabien Beispiel, darunter Bahrain, Sudan, Kuwait, Katar, Jordanien, Somalia und Dschibuti. Die Arabischen Emirate stufen ihre Beziehung zu Teheran herab.

Der Konflikt drohte zu eskalieren und damit die gesamte Region in Mitleidenschaft zu ziehen. Auch wurde befürchtet, dass alle Bemühungen zur Lösung der Krise in Syrien scheitern könnten, da Saudi-Arabien und Iran hierfür zentral sind. Folglich versuchten viele Staaten, unter anderem die USA, Russland, China und einige Länder der EU, den Konflikt zu schlichten.

Auch Teheran bemühte sich, eine weitere Eskalation zu vermeiden. Führende Politiker verurteilten den Sturm auf die saudische Botschaft, vierzig Personen wurden laut der Agentur ISNA am 3. Januar festgenommen. Präsident Rohani verurteilte den Angriff. "Der Angriff von Extremisten auf die saudische Botschaft ist in keiner Weise zu rechtfertigen und hatte negative Auswirkungen auf das Image Irans", sagte er in einer Pressekonferenz am 3. Januar. Er wies das Innenministerium, den Geheimdienst und die Polizei an, gegen die Täter vorzugehen. "Solchen hässlichen Aktionen sollte ein für alle Mal ein Ende gesetzt werden." Rohani warnte "extremistische Gruppen" vor der Anwendung von Gewalt und Aggressionen, die das Ansehen der Islamischen Republik schädigen würden. Er betonte, dass diplomatische Vertretungen in Iran Schutz genießen.

Hossein Dschaberi Ansari, Sprecher des Teheraner Außenministeriums, erklärte am 4. Januar, Saudi-Arabien nutze den Angriff auf ihre Botschaft, um den Konflikt zwischen den beiden Ländern zu eskalieren und damit von inneren Problemen des Landes abzulenken. Die Unterstützung, die Saudi-Arabien terroristischen Gruppen in Jemen und anderen Staaten der Region gewähre, zeige, dass das Land seine Existenz durch Konfrontationen und Spannungen retten wolle. Was in Teheran geschehen sei, könne in jedem Land passieren. Wichtig sei, dass die Regierung sich zu ihrer Pflicht bekenne, diplomatische Vertretungen zu schützen.

Das US-Außenministerium mahnte Iran und Saudi-Arabien, den Konflikt nicht weiter eskalieren zu lassen. "Wir glauben, dass diplomatisches Engagement und direkte Gespräche bei der Überwindung von Schwierigkeiten äußerst wichtig sind", sagte Sprecher John Kirby. Und EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini erklärte nach einem Telefongespräch mit Irans Außenminister Sarif, der Minister habe ihr erklärt, wie der Konflikt entschärft werden könne. Die Sicherheit und Stabilität der Region würden zurzeit von vielen Seiten bedroht, sagte sie. Internationale und regionale Mächte unterstützten die Bemühungen, die Krise in Syrien friedlich zu beenden. Diese Bemühungen dürften nicht beeinträchtigt werden. Auch Russland wollte sich einer Meldung der Agentur Ria Nowosti vom 4. Januar zufolge als Vermittler einschalten.

Am 5. Januar verurteilte der UN-Sicherheitsrat den Angriff auf die saudische Botschaft, ohne die Hinrichtung in Riad zu erwähnen. Er forderte Iran in einer einstimmig beschlossenen Erklärung dazu auf, "diplomatisches und konsularisches Eigentum und Personal zu schützen und den internationalen Verpflichtungen auf diesem Gebiet voll nachzukommen". Einen Tag zuvor hatte Irans Botschafter bei der UNO in einem Brief an Generalsekretär Ban Ki Moon sein Bedauern über den Angriff auf die saudische Botschaft in Teheran und auf das Konsulat in Maschad zum Ausdruck gebracht und versichert, die Täter zu bestrafen.

Irans Vizeaußenminister Hossein Amirabdollahian bezeichnete den saudischen Schritt als "voreilig". „Die Saudis haben schon in der Vergangenheit mit solchen voreiligen und irrationalen Entscheidungen Instabilität in der Region verursacht.“ Es sei ein Irrtum zu glauben, man könne durch solche Maßnahmen von den Hinrichtungen ablenken.

Am 6. Januar forderte Sarif die Führung in Saudi-Arabien auf, nicht länger die Bemühungen Teherans um eine friedliche Nachbarschaft zu blockieren. "Seit zweieinhalb Jahren stellt sich Saudi-Arabien den diplomatischen Bemühungen Irans entgegen", sagte er. Iran habe "nie Spannungen schüren wollen", sondern "immer eine Politik des Friedens, der Verständigung und des Dialogs mit seinen Nachbarn" angestrebt. Die ganze Welt habe das Atomabkommen begrüßt, ausgenommen Israel und Saudi-Arabien, betonte Sarif.

Am 7. Januar beschloss das Kabinett in Teheran ein Verbot des Imports saudischer Waren. Das Verbot soll auch für die iranischen Freihäfen gelten. Zuvor hatte Saudi-Arabien bereits neben den diplomatischen auch die wirtschaftlichen Beziehungen zu Iran abgebrochen. Zudem erklärte der saudische Fußballverband, aus Gründen der Sicherheit nicht zu internationalen Spielen in Iran antreten zu wollen.

Am 7. Januar versicherte der saudische Verteidigungsminister Mohammad Ben Salman in einem Interview mit dem Economist, der gegenwärtige Konflikt mit Iran werde nicht zu einem Krieg führen. Zugleich verteidigte er die Hinrichtung von Scheich Nimr, die die jüngsten Konflikte ausgelöst hatte. "Ein Krieg zwischen den beiden Staaten wäre für die ganze Region eine große Katastrophe. Wir werden es nicht zulassen, dass es dazu kommt", sagte er.

Laut US-Außenminister John Kerry haben sowohl Teheran als auch Riad versichert, an dem Friedensplan für Syrien festhalten zu wollen. "Beide versichern, dass ihr Konflikt die Verhandlungen nicht beeinträchtigen wird", sagte der Minister am 7. Januar in Washington.

Am 9. Januar verurteilt der Golfkooperationsrat auf einer Sondersitzung Iran wegen der "Einmischung in innere Angelegenheiten Saudi-Arabiens" und anderer Staaten am Persischen Golf. Iran sei auch für terroristische Aktivitäten in der Region verantwortlich, hieß es. Danach erklärte der saudische Außenminister Adel al Dschubeir, sein Land behalte sich weitere Maßnahmen gegen Iran vor.

Am 11. Januar rief China Iran und Saudi-Arabien zur Mäßigung und Zurückhaltung auf. Chinas Staatspräsident besuchte beide Länder, unter anderem um zwischen ihnen zu vermitteln.

In einem Brief an den UN-Generalsekretär und die Außenminister der UN-Mitgliedstaaten erklärte Sarif am 7. Januar, Iran habe keinerlei Interesse an einer Verschärfung des Konflikts mit Saudi-Arabien. Iran verurteile den Angriff auf die saudische Botschaft in Teheran auf das Schärfste und werde die Täter bestrafen, hieß es in dem Brief. Zugleich kritisierte Sarif die Angriffe gegen die iranische Vertretung in Jemen, die saudische Unterstützung von Terroristen in Jemen, den ungebührlichen Umgang mit iranischen Pilgern in Saudi-Arabien, die Hetze der saudischen Prediger gegen Iran und die Schiiten insgesamt sowie den Wirtschaftskrieg der Saudis gegen die Islamische Republik.

Am 17. Januar gab Staatsanwalt Abbas Dschafari Dolatabadi laut ISNA die Festnahme von drei Hauptinitiatoren des Angriffs auf die saudische Botschaft bekannt. Zugleich erklärte er, dass die Ermittlungen nun gezielt durchgeführt würden, auch eine Namensliste der Verdächtigen sei erstellt worden. Zudem wurde bekannt, dass der für den Bereich Sicherheit zuständige Stellvertreter des Teheraner Provinzgouverneurs, Safarali Branlu, von seinem Posten suspendiert wurde.

Am 17. Januar schlug Rohani versöhnliche Töne an. „Natürlich gibt es immer wieder Differenzen, aber wir wollen, dass sie beseitigt werden“, sagte er auf einer Pressekonferenz in Teheran. Am 18. Januar traf der pakistanische Ministerpräsident Nawaz Sharif nach einem Besuch in Riad in Teheran ein, mit dem Ziel im Streit zwischen beiden Staaten zu vermitteln. Er führte unter anderem ein Gespräch mit Rohani. Am 19. Januar reiste Irans Vize-Außenminister Abbas Araghtschi zu der Tagung der Organisation für islamische Zusammenarbeit in der saudischen Hafenstadt Dschidda, was als Geste der Versöhnung gedeutet werden könnte. Am selben Tag erschien in der New York Times ein Artikel des saudischen Außenministers Adel Dschubeir, in dem er Iran scharf kritisierte und betonte, Saudi-Arabien und seine Verbündeten würden gegen die „aggressive Politik“ Irans Widerstand leisten. Ein Großteil der iranischen Bevölkerung wünsche eine größere Öffnung nach außen und bessere Beziehungen zu den Nachbarstaaten, aber die Regierung sei dagegen, heißt es in dem Artikel weiter. Iran unterstütze Terrorgruppen und Extremisten in der Region. Demgegenüber stehe Saudi-Arabien im Kampf gegen den Terrorismus an vorderster Front.

Am 20. Januar verurteilte auch Revolutionsführer Ali Chamenei den Angriff auf die saudische Botschaft. Der Angriff habe sich im Grunde gegen die Islamische Republik und gegen den Islam gerichtet, sagte er. Am 21. Januar sagte Irans Vizeinnenminister Hossein Solfaghari, der Drahtzieher des Angriffs, der aus dem Ausland agiert habe, sei festgenommen worden. Das Ministerium habe einen ausführlichen Bericht über die Vorgänge erstellt, den es dem Revolutionsführer vorlegen werde. Den Namen des Betroffenen nannte Solfaghari nicht, auch nicht, in welchem Land er sich aufgehalten habe und unter welchen Umständen er gefasst worden sei. Es ist nicht bekannt, ob es sich bei dem mutmaßlichen Drahtzieher um einen Ausländer oder einen Iraner handelt. Er erwähnte auch einen religiösen gemeinnützigen Verein, der seit über zehn Jahren in Teheran und Karadsch aktiv sei. Was dieser Verein mit dem Angriff auf die Botschaft zu tun hatte, sagte Solfaghari jedoch nicht.

Am 24. Januar bekräftigte John Kerry die Allianz mit Saudi-Arabien. „Die Freundschaft mit dem Königreich Saudi-Arabien“ sei „so stark wie immer“, zitierte ihn AFP. Er hatte sich mit dem saudischen Außenminister in Riad getroffen. „Daran hat sich nichts geändert während wir daran gearbeitet haben, eine Atomwaffe in der Region zu verhindern“, sagte Kerry mit Blick auf das Atomabkommen mit Iran. „Wir werden in der Region weiter mit unseren Freunden und Verbündeten zusammenarbeiten.“

Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier ist der bislang letzte hochrangige Politiker, der sich als Vermittler im Streit zwischen Iran und Saudi-Arabien einschalten will. Vor seiner Abreise nach Iran am 2. Februar forderte er beide Staaten auf, ihre Rolle bei der Lösung der Krise in Syrien wahrzunehmen. "Es gibt eine Verantwortung jenseits der eigenen Grenzen", sagte er.

CHINAS PRÄSIDENT BESUCHT TEHERAN

Teheran war die dritte Station einer offiziellen Auslandsreise des chinesischen Präsidenten Xi Jinping, die offenbar auch dazu dienen sollte, den Konflikt zwischen Iran und Saudi-Arabien zu schlichten. Es war der erste Staatsbesuch eines chinesischen Präsidenten in Iran seit 14 Jahren. China hat zu beiden Staaten weitreichende Wirtschaftsbeziehungen und ist in den letzten Jahren zum größten Handelspartner Irans aufgestiegen.

Gewöhnlich versucht China, sich aus politischen Konflikten herauszuhalten. Doch der Krieg in Syrien und die drohende Eskalation der Feindschaft zwischen Teheran und Riad, die chinesische Interessen, vor allem die Energieversorgung des Landes ernsthaft bedrohen könnte, zwangen das Land, als Vermittler aufzutreten.

"Wir vergessen nie die Freunde, die auch in schlechten Zeiten zu uns standen", sagte Präsident Rohani vor dem Eintreffen Jinpings in Teheran. Daher zolle Iran dem Land eine besondere Achtung. Seine Regierung wolle die Wirtschaftsbeziehungen zu China, dem wichtigsten Handelspartner, weiter ausbauen.

Jinping zeigte sich nach seinen Gesprächen in Riad "sehr besorgt" über die Lage in Syrien und forderte eine rasche politische Lösung. Seine Reise diene auch der neu entworfenen Strategie zur Bildung eines Wirtschaftskorridors, genannt "die neue Seidenstraße", der bis nach Europa reichen soll. Iran, Saudi-Arabien und Ägypten gehören zu den Gründungsmitgliedern der von Peking initiierten Asiatischen Infrastruktur Investitionsbank (AIIB), die Mitte Januar ihre Arbeit aufgenommen hat.

Bei dem Treffen sprachen beide Präsidenten von einer "neuen Ära" in den Beziehungen zwischen Iran und China. "Dieses Gipfeltreffen hat besonders nach der Umsetzung des Atomabkommens eine historische Bedeutung und ist der Beginn einer neuen bilateralen Ära", sagte Rohani. Er betonte, dass der Besuch auch politisch für die Region nicht ohne Wirkung bleiben werde. Bei dem Besuch wurden 17 Verträge unterzeichnet, darunter Verträge über den Bau von zwei Atomkraftwerken im Süden Irans und über langfristige Öllieferungen nach China. Mit diesen Verträgen wurde das Handelsvolumen von 2014, das laut dem iranischen Vizeaußenminister Ebrahim Rahimpur bei 52 Milliarden lag, noch übertroffen. Innerhalb der nächsten zehn Jahre werde das bilaterale Handelsvolumen insgesamt 555 Milliarden Euro erreichen, meinte Rohani.

Beide Staaten kamen überein, gemeinsam Länder zu unterstützen, die vom Terrorismus bedroht seien. Rohani forderte China auf, beim Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat aktiv mitzuwirken. Beiden Staaten hätten sich geeinigt, im Irak, in Syrien, Afghanistan und Jemen im Kampf gegen den Extremismus zusammenzuarbeiten, sagte er. Wie diese Zusammenarbeit konkret aussehen soll, sagte er allerdings nicht. Jinping zeigte sich über seine erfolgreichen Gespräche mit der iranischen Führung sehr zufrieden und betonte, dass sein Land die Absicht habe, weiterhin der führende Handelspartner Irans zu sein. Die Freundschaft zwischen den beiden Ländern gewähre auch Sicherheit für die gesamte Region.

Jinping wurde auch von Revolutionsführer Ali Chamenei empfangen, der China für seine Zuverlässigkeit und Vertrauenswürdigkeit, auch in Zeiten der Not, lobte. Die Absichtserklärung über eine strategische Zusammenarbeit für die nächsten 25 Jahre sei "richtig und klug", sagte Chamenei.

ROHANI IN ROM

Auf seiner ersten Europareise nach der Aufhebung der gegen Iran verhängten Sanktionen traf Präsident Hassan Rohani am 25. Januar in Rom ein. Vor dem Antritt seiner Reise sagte er am Teheraner Flughafen laut dpa: "Nach dem Atomabkommen wollen wir nun einen mittel- und langfristigen Fahrplan für unsere Beziehungen mit der EU und insbesondere mit Italien und Frankreich ausarbeiten. Kurzfristig werde ich in Rom und Paris verschiedene wirtschaftliche Projekte im Bereich Autobau und Modernisierung unserer zivilen Luftfahrt besprechen und vielleicht auch zu konkreten Ergebnissen kommen."

In Rom angekommen, sagte Rohani, "diese Reise ist von besonderer Bedeutung". Begleitet wurde der Präsident von einer hochrangigen Delegation und einer Gruppe von Unternehmern. Dabei waren auch der Direktor der iranischen Zentralbank und Direktoren einiger anderer Geldinstitute. Laut Mohssen Dschalapur, Chef der iranischen Handelskammer, haben insgesamt mehr als einhundert Personen den Präsidenten begleitet.

Rohani wurde vom italienischen Außenminister empfangen, danach fand der offizielle Empfang durch den italienischen Präsidenten Sergio Mattarella statt. "Irans Rolle ist nicht nur in der Region sehr gewichtig, sondern auch international", sagte Mattarella. "Wir rechnen damit, dass Iran international eine kooperative und konstruktive Rolle spielen wird."

Am 26. Januar nahm Rohani an einer Versammlung von mehr als 500 italienischen Produzenten, Investoren und Leitern großer Unternehmen teil. Presseberichten zufolge unterzeichnete Rohani Verträge mit verschiedenen Firmen im Wert von rund 17 Milliarden Euro, darunter einen Vertrag mit dem Pipelinehersteller Saipem in Höhe von fünf Milliarden Euro.

Die Europareise Rohanis nach Italien und Frankreich war für den vergangenen November geplant. Sie musste jedoch wegen der Terroranschläge von Paris vertagt werden. Mit seiner Europareise signalisierte Rohani die Öffnung des iranischen Marktes für ausländische Investoren und Unternehmen. Damit verschaffe er den Europäern auch Zugang zur gesamten Region, sagte der Präsident nach dem Treffen mit dem italienischen Ministerpräsidenten Matteo Renzi. Die geschlossenen Verträge seien "nur der Anfang auf einen langen Weg", sagte Rohani. Renzi meinte, das Atomabkommen mit Iran lasse nun die Hoffnung zu, dass auch der Konflikt in Syrien ein Ende finden werde. "Wenn wir eine Vereinbarung zu Nuklearwaffen erreichen konnten, können und müssen wir auch eine zu Syrien finden, die einen politischen Übergang zur Demokratie erlaubt", sagte er.

Auch Rohani äußerte die Hoffnung auf Frieden im Nahen Osten. Er bezeichnete das Atomabkommen als ein "politisches Wunder". Es habe gezeigt, dass sich Probleme auf dem Weg diplomatischer Verhandlungen lösen ließen. "Wir müssen denselben Weg beschreiten, um die Konflikte im Nahen und Mittleren Osten und in Afrika zu lösen. Die Sicherheit in unserer Region erreichen wir nicht durch Militäreinsätze, sondern durch die Politik", betonte der Präsident.

Während seines Besuchs in Italien wurde Rohani auch zu einer Privataudienz mit Papst Franziskus empfangen. Zuvor hatte Rohani gesagt, der Koran verlange von Muslimen, auch Kirchen und Synagogen zu schützen. "Das bedeutet Toleranz." Bei dem 40minütigen Treffen, an dem auch einige iranische Minister und Diplomaten teilnahmen, wurde über das Atomabkommen und die Konflikte im Nahen Osten gesprochen. Dabei hoben sowohl der Papst als auch Rohani die wichtige Rolle hervor, die Iran bei der Lösung der Probleme spielen könne. Auch theologische Themen kamen zur Sprache. Es wurde betont, wie wichtig der Dialog zwischen den Religionen, insbesondere zwischen Christen und Muslimen, sei.

Als Geschenk überreichte Rohani dem Papst einen handgewebten Teppich und ein Buch mit persischen Miniaturen. Der Papst bedankte sich mit einem Medaillon des heiligen St. Martin. "Dies ist eine Darstellung von Martin, der den Mantel teilt, um einem Armen zu helfen", sagte der Papst. "Es ist ein Zeichen der Brüderlichkeit." Beim Abschied sagte der Papst: "Ich hoffe auf Frieden." Rohani sagte: "Beten Sie für mich." Der Papst und Rohani bekundeten Übereinstimmung darüber, dass es keine Beleidigungen der Religionen geben sollte. "Freiheit heißt nicht, das zu verletzen, was für andere heilig und religiös ist, das ist von einem moralischen Standpunkt aus betrachtet falsch, weil es Menschen entzweien kann", sagte Rohani der Presse nach seinem Gespräch mit dem Papst. Ähnlich habe sich auch der Papst geäußert.

Rohani war der zweite Präsident der Islamischen Republik, der vom Papst empfangen wurde. Vor ihm hatte 1999 Präsident Mohammad Chatami Johannes Paul II. im Vatikan getroffen.

Das lukrative Geschäft mit Iran hatte Italien zu erstaunlichen Zugeständnissen veranlasst. Aus Rücksicht auf den Glauben des Gastes aus dem Iran wurde nicht nur beim gemeinsamen Festessen auf Wein und andere alkoholische Getränke verzichtet. Man ließ sich sogar dazu herab, in Roms kapitulinischen Museen mehrere nackte Statuen zu verhüllen! Dort hatte Rohani eine Pressekonferenz abgehalten.

Die Verhüllung der Statuen erzeugte viel Ärger in Italien. "Das hat nichts mit Respekt zu tun, sondern mit Unterwerfung", sagte Lica Squerci von der Partei Forza Italia. Andere Oppositionspolitiker sprachen von "Schande" und "Anbiederung". Es war zunächst nicht klar, wer die Maßnahme angeordnet hatte. Kulturminister Dario Franceschini distanzierte sich von der Anordnung, er habe kein Verständnis dafür, sagte er. "Weder der Ministerpräsident noch ich sind über die Verhüllung der Statuen informiert worden."

"Das ist ein Thema, das die Medien besonders interessiert, die darüber gerne berichten wollen", sagte Rohani laut dpa vom 27. Januar. Zwischen Teheran und Rom habe es darüber keine Vereinbarung gegeben. "Ich weiß nur, dass die Italiener sehr gastfreundlich sind und immer darauf bedacht, dass es ihren Gästen gut geht."

Die jüdische Gemeinde in Rom kritisierte das Treffen des Papstes mit Rohani. Oberrabbiner Ricardo Di Segni sagte, gerade vor dem internationalen Holocaust-Gedenktag (27. Januar) sei es nicht angebracht, den Vertreter eines Regimes zu empfangen, das den Holocaust leugnet.

Zum Abschluss seines Besuchs in Italien hob Rohani noch einmal die wichtige Rolle Irans bei der Lösung der Konflikte im Nahen und Mittleren Osten hervor. "Ohne die iranische Präsenz werden die Krisen (in der Region) nicht gelöst werden", sagte der Präsident.

ROHANI IN PARIS

Die zweite Station der Europareise Präsident Rohanis war Frankreich. Auf dem Flughafen von Paris, wo er am 27. landete, traf er eine Gruppe von zwanzig Top-Managern und Geschäftsleuten, unter ihnen den Chef des Airbus-Konzerns, Fabrice Brégier. "Irans Tore stehen für ausländische Investoren offen", sagte der Präsident. "Wir sehen keine Hindernisse für Unternehmen, die in unserem Land investieren wollen. Meine Reise nach Europa soll zeigen, dass Iran für Investitionen bereitsteht."

Brégier sagte, er habe bereits in Teheran über den Verkauf von Airbus-Maschinen Gespräche geführt. "Wir sind bereit, den iranischen Flugverkehr zu erneuern." Die iranische Regierung hatte bereits vor der Reise Rohanis nach Europa mitgeteilt, dass sie bald einen Vertrag über die Lieferung von 114 Airbus-Maschinen unterzeichnen werde.

Rohani und der französische Ministerpräsident Manuel Valls nahmen am 28. Januar an einer bilateralen Wirtschaftsbegegnung teil, am Nachmittag desselben Tages traf der Gast aus Iran seinen Amtskollegen Präsident Francois Hollande. Dabei wurden einige Verträge in Milliardenhöhe unterzeichnet, darunter ein Vertrag über die Lieferung von 118 Airbus-Maschinen im Wert von 22,8 Milliarden Euro.

Iran und Frankreich beschlossen auch eine intensive Zusammenarbeit in der Autoindustrie. Peugeot Citroën vereinbarte ein Joint Venture mit dem iranischen Autobauer Khodro. Beide Firmen sollen laut dem Vorstandschef von Peugeot Citroën, Carlos Tavares, gleiche Anteile bekommen. Es sollen jährlich 200.000 Autos produziert werden. Dabei sollen drei neue Modelle gebaut werden.

Lukrative Geschäfte mit Iran erwartet auch der Erdölkonzern Total, der nun ein Abkommen mit Iran über Rohöllieferungen mit der National Iranian Oil Company geschlossen hat. Unter den 20 unterzeichneten Verträgen sind auch welche in den Bereichen Gesundheit, Schifffahrt, Flughäfen und Landwirtschaft.

Glücklich über die Geschäfte rief Valls: "Iran kann auf Frankreich zählen." Und Hollande sprach von einem "neuen Kapitel in unseren Beziehungen".

Natürlich wurde bei dem Besuch Rohanis auch über politische Fragen gesprochen. Bereits vor der Ankunft Rohanis in Paris hatte Außenminister Laurent Fabius in einem Interview mit der AP erklärt, Rohanis Besuch diene nicht nur wirtschaftlichen Vereinbarungen, sondern auch der Lösung geopolitischer Fragen. "Dieser Besuch, der hoffentlich erfolgreich sein wird, erlaubt uns, auch über die internationale Lage und über regionale Krisen, insbesondere über Syrien und Libanon zu sprechen, über Staaten, in denen Iran, wie wir hoffen, eine positive Rolle spielen könnte." Allerdings hatte Fabius der Agentur Reuters zufolge auch gesagt, es sei zwar richtig, dass Iran zu der internationalen Staatengemeinschaft zurückgekehrt sei. "Das bedeutet aber nicht, dass zwischen uns und Iran in allen Fragen Übereinstimmung besteht, vor allem nicht über Syrien." Eben der Krieg in Syrien war auch das wichtigste Thema über das bei Rohanis Besuch diskutiert wurde. "Wir müssen dem syrischen Volk helfen, damit es eine tragfähige Zukunft für das Land schaffen kann", sagte Rohani. Da sei die Diplomatie gefordert. Das Atomabkommen mit Iran könne dafür Vorbild sein.

Das Thema Menschenrechte wurde auch pflichtgemäß angesprochen. Das forderten auch die Demonstranten, die mit einem über eine Seine-Fußgängerbrücke gespanntem Transparent auf die Lage der Menschenrechte in Iran aufmerksam machten.

Aller bekundeten Freundschaft mit Iran zum Trotz, wurde am Tag der Ankunft Rohanis in Paris bekannt, dass Frankreich wenige Tage zuvor bei einem EU-Außenministertreffen vorgeschlagen hatte, über neue Sanktionen gegen Iran nachzudenken. Diese sollten sich gegen das iranische Raketenprogramm richten. Doch es ist kaum anzunehmen, dass die Staaten der EU, die von der Wende der iranischen Wirtschaftspolitik profitieren wollen, dem Vorschlag Frankreichs zustimmen werden.

ÜBERRASCHENDER GEFANGENENAUSTAUSCH ZWISCHEN IRAN UND DEN USA

Teheran und Washington haben fast zeitgleich mit der Umsetzung des Atomabkommens überraschend am 16. Januar einen Gefangenenaustausch vorgenommen. Prominentester Gefangener war der aus Iran stammende Reporter der Washington Post Jason Rezaian, der bereits mehr als 500 Tage in iranischer Haft verbracht hatte. Noch am 3. Januar hatte der Generalstaatsanwalt Gholamhossein Mohseni Ejeji laut der Agentur Fars erklärt, dass er keine Auskunft über den Fall Rezaian geben könne, da das Urteil noch nicht Rechtskräftig sei.

Am 10. Januar erklärte das US-Außenministerium, Minister John Kerry wolle sich nach einem Appell von 14 Medienhäusern erneut für die Freilassung Rezaians einsetzen. "Wir arbeiten sehr hart daran, unsere Bürger nach Hause zu holen", sagte Sprecher John Kirby. Am Vortag hatten 14 Medienhäuser Außenminister Kerry aufgefordert, seinen Einfluss geltend zu machen und sich für die Freilassung Rezaians einzusetzen.

Wie nun bekannt wurde, verhandelte ein Team aus den USA unter der Leitung des Regierungsgesandten für den Kampf gegen den so genannten Islamischen Staat, Brett MacGurk, seit vierzehn Monaten unabhängig von den Atomverhandlungen mit Vertretern der iranischen Regierung über einen Gefangenenaustausch. Kurz vor der Aufhebung der Sanktionen wurde bekannt gegeben, dass vier amerikanische Staatsbürger, Rezaian, der ehemalige US-Soldat Amir Hekmati, der Priester Said Abedini und Nosratollah Khosravi-Roodsari, die alle vier auch die iranische Staatsbürgerschaft besitzen, gegen sieben in den USA inhaftierte Iraner, von denen sechs neben der iranischen auch die amerikanische Staatsbürgerschaft besitzen, ausgetauscht wurden. Die vier Amerikaner wurden zunächst über die Schweiz zum US-Stützpunkt in Landstuhl gebracht. Auch die Ehefrau Rezaians, Yeganeh Salehi, durfte gemeinsam mit ihrem Mann das Land verlassen. Auch sie, die für eine arabische Zeitung arbeitete, war im Juli 2014 wegen Verdachts auf Spionage verhaftet worden. Sie wurde aber nach drei Monaten wieder freigelassen.

Von den sieben Iranern, die freigelassen wurden, werden laut Washington Post vermutlich sechs in den USA bleiben.

Während US-Präsident Barack Obama den Austausch als eine "gegenseitige humane" Maßnahme bezeichnete und sie begrüßte, haben einige Präsidentschaftskandidaten der Republikaner in den USA zwar ihre Freude über die Freilassung der US-Bürger geäußert, aber den Austausch als einen "schlechten Präzedenzfall" kritisiert.

"Gott sei Dank, dass die Gefangenen auf dem Weg in die Heimat sind", sagte Senator Ted Cruz am 17. Januar dem Sender Fox News. Aber Iran sei bei diesem Deal der Sieger gewesen. "Wir haben sieben Terroristen, die das iranische Atomprogramm unterstützt haben, freigelassen und beschlossen weitere vierzehn Terroristen nicht zu verfolgen. Das ist ein gefährlicher Präzedenzfall." Und Senator Marco Rubio aus Florida sagte in einem Interview mit der BBC, bei diesem Deal seien amerikanische Geiseln gegen iranische Gefangene, die eine Straftat begangen hätten, ausgetauscht worden. Damit habe Obama "für jeden Amerikaner im Ausland einen Preis festgesetzt. Unsere Feinde wissen nun, welche wertvollen Zugeständnisse sie bekommen, wenn sie einen Amerikaner gefangen nehmen." Und Donald Trump bezeichnete den Gefangenenaustausch als "Schwäche" der USA.

In Iran äußerte sich der Oberkommandierende der Basidsch Milizen, Mohammad Resa Naghdi, zu dem Gefangenenaustausch. "Wir haben gegen die Freilassung von amerikanischen Spionen die Freigabe von 1,7 Milliarden Dollar, die blockiert waren, und die Aufhebung der Sanktionen gegen die Sepah-Bank erreicht", sagte er. "Wir haben zunächst vergeblich versucht, über den internationalen Gerichtshof in Den Hag unsere Guthaben freizubekommen. Nun wissen wir, dass die Amerikaner nur die Sprache der Gewalt verstehen." Der Austausch habe mit den Atomverhandlungen nichts zu tun, sagte Naghdi weiter. "Die Mächte der Arroganz verstehen nur die Sprache der Gewalt. Wenn wir nicht machtvoll auftreten, werden die Mächte der Arroganz mit uns dasselbe machen, was sie mit anderen Ländern gemacht haben, sie werden unser Hab und Gut vernichten."

Naghdi steht wegen Verletzung der Menschenrechte auf der schwarzen Liste der Vereinigten Staaten. Das US-Außenministerium erklärte am 17. Januar, dass sich Iran und die USA über den Streitfall, der von dem Gericht in Den Hag behandelt wurde, geeinigt hätten. Demnach hätten die USA die gesperrten 400 Millionen Dollar iranischen Guthabens, das vor dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zum Kauf von

Rüstungsgütern auf einer Bank deponiert worden war, plus 1,3 Milliarden Dollar Zinsen freigegeben. Dies veranlasste die Republikaner zu der Frage, inwieweit diese Einigung mit dem Gefangenenaustausch zu tun habe. Edward Royce, Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses im Repräsentantenhaus sagte, über diesen Deal habe das Außenministerium nie gesprochen. Dafür sei die Regierung verantwortlich. Sie müsse darüber genau Auskunft geben. Demgegenüber bestritt die US-Regierung jeglichen Zusammenhang zwischen der erfolgten Rückzahlung und dem Gefangenenaustausch.

Die iranische Friedensnobelpreisträgerin Schirin Ebadi sagte in einem Interview mit der BBC, wenn der Nationale Sicherheitsrat Irans beschließen kann, zur "Versöhnung mit den USA" einen Journalisten aus der Geiselhaft zu entlassen, fragt man sich, warum er nicht auch eine Professorin und Künstlerin wie Sahra Rahnaward freilassen kann. Sahra Rahnaward ist die Frau von Mir Hossein Mussavi. Beide wurden neben dem Politiker Mehdi Karrubi im Zuge der Proteste von 2009 gegen die umstrittene Wiederwahl von Präsident Ahmadinedschad in Hausarrest genommen.

Ebadi fuhr fort: "Wenn die iranische Justiz Said Abedini, der aufgrund seiner religiösen Überzeugung gefangen genommen wurde, freilassen kann, weil er die amerikanische Staatsbürgerschaft besitzt, dann ist nicht nachvollziehbar, warum sie nicht Mehdi Karrubi freilässt, der nur die Wahlen (von 2009) kritisiert hat. Wenn (Außenminister Mohammad Dschawad) Sarif in der Lage ist, mit den Amerikanern zu verhandeln, um einige iranische Kaufleute aus dem Gefängnis freizubekommen, warum kann er sich nicht für die Freilassung von politischen Gefangenen in Iran einsetzen?"

VERBLEIB VON IN IRAN VERMISSTEN US-BÜRGERN UNKLAR

Der Sprecher des Weißen Hauses, Josh Earnest, äußerte am 19. Januar die Überzeugung, dass sich der amerikanische Staatsbürger Robert Levinson, der im März 2007 nach Kish, einer iranischen Insel am Persischen Golf, gereist und danach verschwunden war, nicht mehr in Iran befindet.

Die Regierung von Präsident Barack Obama habe mehrmals Iran um Informationen über Levinson gebeten, sagte Earnest. Das Weiße Haus stehe in Kontakt zu der Familie des Verschwundenen und könne deren Sorgen nachvollziehen. Doch bislang gebe es keine verlässlichen Informationen über Levinson, man wisse nicht, ob er noch am Leben oder bereits gestorben sei.

Iran hatte 2007 der Frau von Levinson und dessen Sohn die Einreise erlaubt. Aber der Besuch war ohne Ergebnis geblieben. Seitdem äußerten US-Politiker immer wieder die Vermutung, Levinson sei auf der Insel Kish festgenommen und in ein geheimes Gefängnis gesteckt worden. Demgegenüber erklärten iranische Behörden, sie hätten keinerlei Informationen über das Verschwinden von Levinson.

Indes hat US-Außenminister John Kerry seinen iranischen Kollegen Mohammad Dschawad Sarif beim Weltwirtschaftsforum in Davos gebeten, bei der Suche nach drei Amerikanern, die am 17. Januar in Bagdad verschwunden seien, behilflich zu sein. Sarif habe zugesagt, sich um die Angelegenheit zu kümmern, sagte Kerry.

Zuvor hatte die Agentur Reuters unter Berufung auf amerikanische und irakische Kreise berichtet, die drei Amerikaner seien von schiitischen Gruppen, die mit Iran in Verbindung stünden, gekidnappt worden. Doch US-Behörden erklärten der Agentur gegenüber, es gebe keinerlei Indizien für die Beteiligung Irans an dem Vorfall.

Am 25. Januar sagte der Sprecher des Teheraner Außenministeriums, Hossein Dschaber Ansari, sein Land werde jede mögliche Hilfe zur Aufklärung des Vorfalls leisten. Solche

Hilfen basierten auf dem "humanen Charakter" der Islamischen Republik, so der Sprecher. Als Beispiel nannte er den jüngsten Gefangenaustausch zwischen Iran und den USA.

AMERIKANISCHE SEELEUTE KURZFRISTIG FESTGENOMMEN

Zehn amerikanische Seeleute waren am 12. Januar mit zwei Booten am Persischen Golf bis zu zwei Kilometer in iranische Gewässer eingedrungen. Sie wurden von Marineeinheiten der Revolutionsgarden festgenommen. Nach Darstellung der US-Streitkräfte, die am 18. Januar veröffentlicht wurde, habe es einen verbalen Schlagabtausch zwischen den Seeleuten und den Revolutionsgarden gegeben. Die Garden hatten neun Männer und eine Frau festgenommen und nach 16 Stunden wieder freigelassen. Obwohl die Seeleute mit auf sie gerichteten Gewehren bedroht worden seien, seien sie korrekt behandelt worden, hieß es in dem Bericht. Nach der Freilassung hätten die Seeleute festgestellt, dass alle Waffen, Munition und sonstigen mitgeführten Gegenstände unberührt geblieben seien.

Bei dem Vorfall handelte es sich um zwei Boote, die sich auf dem Weg von Kuwait nach Bahrain befanden. Dem Bericht zufolge seien die Boote von der festgelegten Route "abgewichen". Der fehlerhafte Kurswechsel, von dem US-Verteidigungsminister Ashton Carter zwei Tage nach dem Vorfall gesprochen hatte, wird in dem Bericht allerdings nicht erwähnt. Berichtet wird von einem "technischen" Fehler, der die Seeleute zum Stopp der Boote veranlasst habe. Da hätten sie sich bereits in iranischen Gewässern befunden. "Es ist aber nicht klar, ob die Seeleute sich dessen bewusst waren." In dieser Situation hätten sich ihnen iranische Boote genähert. Zunächst seien es zwei kleine Boote gewesen mit bewaffneten Marinesoldaten. Nach kurzer Zeit seien zwei weitere Boote hinzugekommen. Einen Schusswechsel habe es nicht gegeben, sondern nur eine verbale Auseinandersetzung. Die Iraner seien in die amerikanischen Boote eingestiegen und hätten die US-Seeleute gezwungen, zu einem kleinen Hafen zu fahren. Dort seien die Amerikaner festgenommen worden.

Eine Videoaufnahme, die vermutlich von iranischen Garden erstellt worden war, zeigt die Seeleute kniend mit über dem Kopf gefalteten Händen. Der Film wurde vom iranischen Fernsehen ausgestrahlt, ebenso wie ein Interview mit den Seeleuten, die sich dafür entschuldigten, in iranische Gewässer eingedrungen zu sein.

Der Film löste in den USA viel Unmut aus. "Ich mag es nicht, zu sehen, wie unsere Leute von ausländischen Kräften festgenommen werden", sagte Verteidigungsminister Carter laut dpa am 15. Januar in Tampa. Er bezweifle, dass die Aufnahme die ganze Wahrheit wiedergebe. "Man sieht das durch die Linse des iranischen Mediums", sagte er. "Wir müssen den Jungs die Möglichkeit geben, uns zu sagen, was wirklich passiert ist und was der Gesamtzusammenhang war."

"Ich war sehr wütend, war richtig außer mir, dass das Video veröffentlicht worden ist", sagte Außenminister John Kerry. Er fügte aber hinzu, das Video sei von der Armee oder den Revolutionsgarden veröffentlicht worden, nicht von der Regierung. „Ich will den Vorgang nicht rechtfertigen, denn dafür gibt es keine Rechtfertigung. Leider sind unsere Seeleute ungewollt in die iranischen Gewässer geraten." Kerry, der sich sofort, nachdem er von dem Vorfall erfahren hatte, telefonisch mit Irans Außenminister Sarif in Verbindung setzte, sagte nichts über den Inhalt seines Gesprächs. Er begnügte sich lediglich mit der Aussage, er habe (Sarif) klar gemacht, wie ernst der Vorfall sei und wie dringend das Problem gelöst werden müsse.

In den USA wurde dem Pentagon und dem Außenministerium vorgeworfen, mit Rücksicht auf den bevorstehenden Erfolg der Atomverhandlung, zurückhaltend reagiert zu haben.

Am 24. Januar wurden einige am Vorfall beteiligten Mitglieder der Revolutionsgarden von Revolutionsführer Ali Chamenei empfangen. Er bezeichnet die Reaktion der Garden als "mutig vermischt mit religiöser Überzeugung". "Eure Reaktion war sehr lobenswert, völlig richtig und angemessen. Den Vorfall muss man als Gottes Fügung bezeichnen, die die Amerikaner in unsere Gewässer geführt hat, damit sie durch eure richtige Reaktion mit erhobenen Händen festgenommen werden konnten."

LARIDSCHANI IN BAGDAD

Irans Parlamentspräsident Ali Laridschani sagte bei seiner Ankunft in Bagdad am 24. Januar: "Wir müssen den Ländern, die unter Terrorismus leiden, helfen, damit sie sich von der Krise befreien können." Er war zu einem interparlamentarischen Treffen islamischer Staaten in den Irak gereist. Der Agentur Irna sagte er, zu den "heißesten Themen", die bei dem Treffen erörtert würden, gehöre der Krieg in Syrien.

Parlamentarier aus vierzig Staaten hatten sich in Bagdad getroffen. Von den Staaten am Persischen Golf waren nur Parlamentarier aus Oman und Kuwait erschienen. Andere Golfstaaten wie Saudi-Arabien, Katar, die Arabischen Emirate und Bahrain hatten abgesagt.

AFGHANISTANS REGIERUNGSCHEF IN IRAN

Der afghanische Regierungschef Abdullah Abdullah traf am 3. Januar zu einem offiziellen Staatsbesuch in Teheran ein. Er wurde unter anderem von Revolutionsführer Ali Chamenei empfangen. Chamenei sagte der afghanischen Einheitsregierung Irans volle Unterstützung zu. Die Einheit der verschiedenen Volksgruppen sei sehr wichtig, sagte Chamenei. Er kritisierte, dass die afghanischen Mudschahedin in den vergangenen Jahren isoliert wurden. Es sei eine falsche Politik, die Mudschahedin als "Kriegstreiber" zu bezeichnen, gerade in einem Land, das von militärischen Aggressionen und Verschwörungen heimgesucht werde, sagte er.

Abdullah bedankte sich bei Chamenei für die Anordnung, allen Kindern von afghanischen Migranten zu gestatten, Schulen und Universitäten in Iran zu besuchen und an angebotenen Ausbildungen teilzunehmen.

Bei einem Treffen von Abdullah mit Präsident Rohani vereinbarten die beiden Regierungschefs die Bildung einer gemeinsamen Kommission für die Bereiche Wasser und Umwelt. Ein wichtiges Thema, das seit Jahren zwischen Iran und Afghanistan diskutiert wird, ist der Fluss Helmand, der von der Provinz Helmand in Afghanistan nach Iran fließt und dort in den Hamun-See, in der Provinz Sistan-Belutschistan mündet.

Bei dem Besuch von Abdullah wurde auch vereinbart, dass afghanische Staatsbürger, die eine Aufenthaltserlaubnis für Iran besitzen, für eine kurze Zeit ihre Heimat besuchen und wieder nach Iran zurückkehren können. Auch wurden zwei Verträge über die Zusammenarbeit in den Bereichen Sport und Kultur unterzeichnet.

Ein wichtiges Anliegen Afghanistans ist der Ausbau der Hafenstadt Tschabahar. Der Freihafen am Golf von Oman stellt für mehrere Staaten, so wie Afghanistan, Turkmenistan, Usbekistan und Kirgisistan den nahegelegensten Zugang zu offenen Gewässern, genauer zum Indischen Ozean dar. Abdullah besuchte den Hafen und die dort befindlichen Industrieanlagen und Handelszentren.

Afghanistan, das selbst keinen Meer-Zugang hat, ist gezwungen seinen Warentransport über einen langen Landweg, zumeist über Pakistan, abzuwickeln. Viel günstiger wäre jedoch der Weg nach Tschabahar. Der Transitweg von Afghanistan nach Tschabahar

wurde 2010 von Indien fertiggestellt. Auch Indien ist an diesem Weg interessiert, über den es seine Waren nicht nur nach Afghanistan, sondern auch auf die Märkte in Mittelasien transportieren kann. Nun hat Iran zugestimmt, dass afghanische Unternehmer und Kaufleute, die den Hafen Tschabahar nutzen oder dort investieren wollen, kein Visum mehr benötigen und keine Steuern und Zollgebühren zahlen müssen.

In einem Interview mit der Tageszeitung Schargh erklärte Abdullah, die Hauptgefahr, die das Land bedrohe, seien nach wie vor die Taliban, nicht der sogenannte Islamische Staat.

TÜRKEI BESTELLT IRANISCHEN BOTSCHAFTER EIN

Der Konflikt zwischen Iran und Saudi-Arabien weitete sich auch auf die Beziehung zwischen Teheran und Ankara aus. Das türkische Außenministerium gab am 8. Januar bekannt, dass es den iranischen Botschafter einbestellt habe. Begründet wurde die Maßnahme mit Berichten in den iranischen Medien, die den Besuch des türkischen Präsidenten Tayyip Erdogan Ende Dezember in Saudi-Arabien mit den wenige Tage später erfolgten Hinrichtungen in Verbindung gebracht hatten. Ankara forderte die unverzügliche Einstellung solcher denunzierenden Behauptungen. „Wir verurteilen Berichte, die den Besuch Präsident Erdogans in Saudi-Arabien mit den dort erfolgten Hinrichtungen in Verbindung bringen, auf das Schärfste“, hieß es in einer Erklärung des türkischen Außenministeriums. Konkrete Angaben machte das Ministerium nicht. Offenbar ging es um einen Leitartikel der Zeitung „Dschomhuri-e Eslami“ mit dem Titel „Spielte Erdogan bei den Hinrichtungen eine Rolle?“ Der Artikel wurde mehrfach abgedruckt.

Auch die Türkei hatte zu den Folgen der Hinrichtungen, bei denen auch ein führender schiitischer Geistlicher hingerichtet wurde, Stellung bezogen und die Angriffe auf die saudische Botschaft in Teheran und das Konsulat in Maschad verurteilt, ohne sich zu den Hinrichtungen selbst zu äußern. Zudem rief die Türkei beide Länder zur Mäßigung auf. Erdogan selbst hatte die Hinrichtungen als eine innere Angelegenheit Saudi-Arabiens bezeichnet.

Der iranische Botschafter in der Türkei, Aliresa Bigdeli, dementierte den Bericht, einbestellt worden zu sein. Auch habe es keine Proteste des türkischen Außenministeriums gegen die Medien in Iran gegeben, sagte er. Er habe am 7. Januar einen bereits zuvor vereinbarten Termin zu einem Gespräch über die „positiven Ergebnisse des kürzlich erfolgten Iran-Besuchs des Leiters der Abteilung für höhere Bildung im türkischen Kulturministerium“ wahrgenommen. Das Gespräch sei in „freundschaftlicher Atmosphäre“ abgehalten worden.

DE MISTURA TRIFFT SARIF

Der Sonderbeauftragte der Vereinten Nationen für Syrien, Staffan de Mistura, traf am 10. Januar zu Gesprächen mit Irans Außenminister Mohammad Dschawad Sarif in Teheran ein. Dabei wurde vor allem über die für Januar geplante Syrien-Friedenskonferenz in Genf gesprochen. De Mistura wollte auch von iranischer Seite die Zusicherung bekommen, dass der Konflikt Irans mit Saudi-Arabien nicht die Bereitschaft des Landes, bei den Bemühungen zur Herstellung des Friedens in Syrien mitzuwirken, beeinträchtigen werde. Von Seiten Saudi-Arabiens hatte er eine Woche zuvor bei seinem Besuch in Riad dieselbe Zusicherung erhalten. Beide Länder hatten trotz ihrer Konflikte bei der Syrien-Konferenz im November in Wien mitgewirkt.

De Mistura hatte sowohl Vertreter der syrischen Opposition als auch der Regierung getroffen. Beide Seiten erklärten sich zur Teilnahme an der Genfer Konferenz bereit. Allerdings verlangte der syrische Außenminister Walid al-Muallim zuvor eine Liste der teilnehmenden oppositionellen Organisationen, um sicherzugehen, dass keine

Organisation an den Verhandlungen teilnehmen werde, die aus der Sicht des syrischen Regimes zu den Terroristen zähle.

KANADA WILL DIPLOMATISCHE BEZIEHUNG ZU IRAN WIEDER AUFNEHMEN

Kanadas Premierminister Justin Trudeau erklärte am 18. Januar, seine Regierung sei dabei, die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Iran zu prüfen. Die Beziehungen sind seit vier Jahren abgebrochen. Iran habe mit der Reduzierung seines Atomprogramms „beachtliche Schritte“ unternommen, um den Erwartungen der Weltgemeinschaft zu entsprechen. „Das ist eine positive Entwicklung und ich erwarte, dass nun diplomatische Kontakte zwischen Kanada und Iran zustande kommen.“

Der 44-jährigen Ministerpräsident, der im Oktober 2015 seine liberale Partei zum Sieg geführt hatte, fügte hinzu: „Wir werden sicherlich in den nächsten Wochen im Kabinett mehr über dieses Thema diskutieren.“

Kanada hatte 2012 seine Beziehungen zu Iran auf Eis gelegt, seine Botschaft in Teheran geschlossen und Iran als „größte Bedrohung für die Sicherheit der Welt“ bezeichnet. 2013 stellte Kanada seinen Handel mit Iran vollständig ein und erweiterte seine bereits verhängten Sanktionen gegen Iran. Der damals amtierende Außenminister bezeichnete die Maßnahmen als Protest gegen das iranische Atomprogramm, gegen die eklatante Verletzung der Menschenrechte in Iran und gegen die Unterstützung, die das Land dem Terrorismus gewähre.

2012 lag das Handelsvolumen zwischen den beiden Staaten bei 170 Millionen Dollar. Davon fielen 130 Millionen Dollar auf Getreide, Pflanzenöl, Früchte, Chemikalien und Maschinen, die Kanada nach Iran exportierte. Demgegenüber exportierte Iran Früchte, Trockenfrüchte und Textilwaren im Wert von 40 Millionen Dollar nach Kanada.

Nun hofft Kanada auf weitaus bessere Geschäfte mit Iran. Vor allem der Flugzeugbauer Bombardier rechnet mit Bestellung aus Teheran. Außenminister Stephane Dion gab am 27. Januar bekannt, dass nun auch sein Land die Aufhebung der Sanktionen gegen Iran plane. Mit Blick auf den europäischen Konzern Airbus, der zahlreiche Flugzeuge nach Iran liefern soll, sagte er: „Wenn Airbus das kann, warum soll es Bombardier nicht können.“